

Bischofswarda. Bei der Verpachtung der städtischen Kirchennutzung wurden Gebote für den mittleren Baum auf 10 000 M., für größere bis auf 50 000 M. und sogar 75 000 M. abgegeben, gegenüber 100 bis 200 M. im Vorjahre.

Baugen. (Ernennung) Der sozialdemokratische Arbeitersekretär Weisk wurde als Obermann und stellvertretender Direktor der beiden Gefangenanstalten im Staatsdienst angestellt und sofort in Gruppe 10 der Besoldungsordnung eingereiht, obwohl er für sein neues Amt keine Vorkenntnisse mitbringt.

Baugen. (Fortsetzung des Schulstreiks in der Sächsischen Lausitz) Der seit etwa 8 Tagen dauernde Schulstreik wird von den Eltern unvermindert fortgesetzt. Aus einem behördlichen Schreiben, das die Vertreter der acht Gemeinden kurz vor Ausbruch des Streiks erhielten, war zu entnehmen, daß „man sich um einen allfälligen Rückzug der Eltern bemühen könne“. Jedem Versuche, durch den sogenannten Schulstreik die Zurücknahme der Gebetsverordnungen, die den Ausgangspunkt des Streikes bilden, erzwingen zu wollen, wird mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten werden. Strafen von 10 000 Mark, die bis auf 30 000 Mark gesteigert werden können, werden angedroht. Die Strafvollstreckung wird in die Hände der Lehrer und Schulaufsicht gelegt. Sollten die Letzteren dies ablehnen, so soll gegen sie wegen Pflichtverletzung vorgegangen werden. Ein Erfolg ist mit diesen Drohungen bisher nirgends erreicht worden. Das Kultusministerium fleht sich in stilles Schweigen und scheint über die Standhaftigkeit der Lausitzer Katholiken die Sprache verloren zu haben. Man vermutet, daß der Kultusminister, um nicht vor den Eltern kapitulieren zu müssen, ein Eingreifen des Reiches abwartet. Der geschäftsführende Ausschuss der Sächsischen Zentrumsparlei spricht den streikenden Eltern vollste Sympathie aus, ermuntert sie zum Aushalten und verlangt von der sächsischen Staatsregierung in seiner Entscheidung unverzüglich die restlose Zurücknahme der verfassungswidrigen Verordnung vom 24. Mai. Man darf gespannt sein, welchen Ausgang das erneute Experiment des sächsischen Kultusministers nehmen wird.

Baugen. (Sächsischer Sattlerverbandstag.) Der Landesverband selbstständiger Sattler und verwandter Berufe e. V. hielt hier seinen ordentlichen Verbandstag ab. Erschienen waren Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden usw. Den Hauptvortrag hielt Syndikus Weber über: „Preiswirtschaft und Handwerk“.

Zittau. (Die Wahl des Oberbürgermeisters.) Anstelle des nach Dresden gewählten Oberbürgermeisters Dr. Käz ist Bürgermeister Zwingenberger Zittau mit Wirkung vom 1. August 1923 zum Oberbürgermeister von Zittau gewählt worden, und zwar einstimmig, da auch die Sozialdemokraten für ihn stimmten. Gegen 13 Stimmen der Sozialdemokraten wurde Zwingenberger auch auf Lebenszeit gewählt. — Der künftige Oberbürgermeister von Zittau wurde 1880 in Hohenstein-Ernstthal geboren, er studierte in Marburg und Leipzig, war Referendar in Chemnitz, Reichenau und Auerbach, kam 1909 als Assessor zum Stadtrat in Hohenstein-Ernstthal und wurde im gleichen Jahre noch zum Bürgermeister in Brand bei Freiberg gewählt. 1915 siedelte er als Bürgermeister nach Oederan über und wurde 1919 zum 2. Bürgermeister von Zittau gewählt.

Radeberg. (Der vermählte Knabe wieder da.) Der zehnjährige Sohn der Familie Nagel ist wieder seit Sonnabend im Elternhause, nachdem er von seinen Großeltern in Pöschappel, wohin er ohne weiteres einen Fußmarsch unternommen hatte, zurückgeholt wurde.

Dresden. (Zum Schultamp in der Sächsischen Lausitz) Der geschäftsführende Ausschuss der sächsischen Zentrumsparlei hat in einer am 8. Juni in Dresden abgehaltenen Versammlung eine Entschließung angenommen, in der er im Namen der Zentrumsparlei entschieden Einspruch gegen die auf Veranlassung des Kultusministeriums erschienene Verordnung des Bezirkschulamtes Zittau vom 24. Mai erhebt, wonach alle katholischen Schulen der Sächsischen Lausitz das Schulgebiet zu Beginn und Schluß des Unterrichts außerhalb der Religionsstunden unbedingt zu unterbleiben hat. Von der sächsischen Regierung wird unverzüglich restlose Zurücknahme der verfassungswidrigen Verordnung verlangt und von der Reichsregierung erwartet, daß sie sich für die Wahrung der Reichsverfassung in Sachsen alsbald einsetzt. Den katholischen Eltern der Sächsischen Lausitz wird in ihrem Kampfe die vollste Sympathie und Unterstützung der sächsischen Zentrumsparlei zugesichert.

Dresden. (Von den Kommunisten zur Strede gebracht.) Die beiden Polizeioffiziere Koch und Haase, die bei den letzten Unruhen in Dresden vor dem Polizeipräsidium gegen die Unruhestifter vorgingen, sind vom Dienste suspendiert worden. Sie sind sicher ein Opfer der Kommunisten geworden, die von der Regierung die Entlassung mißliebiger Polizeioffiziere gefordert hatten.

Dresden. (Der 3. Sächsische Pioniertag) findet vom 16. bis 18. Juni hier statt. Vorgesehen sind für Sonnabend ein Kommerz, für Sonntag früh die Denkmalweihe und eine Festfeier im Ausstellungsgelände, für Montag ein Dampferausflug nach Rathen.

Die Wirren in Sachsen.

Immer und immer wieder wird von amtlichen und nichtamtlichen Seiten versucht, die Schuld an den Dresdner, Bautzner und Leipziger Tumulten sächsischen Heßern zuzuschreiben. Bei diesem Unterfangen wird den in Betracht kommenden Stellen — ihrer Unverständlichkeit oder Sensationsgier — selbst von demokratischen Blättern sogenanntes „Material“ geliefert, dessen Richtigkeit wahrlich nicht hervorzuheben werden muß. Hier greifen die kommunistischen

Organe nach diesen Hohnworte, um nach dem bekannten Ruf „Haltet den Dieb!“ ihre Schuld zu verdecken. Da tritt zur rechten Zeit die „Leipziger Volkszeitung“ auf den Plan, um mit anerkanntem Mute die Märchen des „Berliner Tageblattes“ und seines sächsischen Fraktionsblattes ad absurdum zu führen. Klar erbringt das Blatt an Hand von 45 Zeugnisaussagen und Auslassungen kommunistischer Organe den Beweis, daß hinter der Bewegung der künstlich aufgeputzter Arbeitslosen einzig und allein die kommunistische Partei gestanden hat, wie sie jetzt wieder hinter der Streikbewegung in Obersachsen steht. Die „Leipziger Volkszeitung“ führt als besonderen Heher den kommunistischen Parteisekretär Henke an und sagt ihr Urteil dahin zusammen:

„Die Putzschereien im Ruhrgebiet, in Sachsen und in Obersachsen sollen der „Einheitsfronttaktik“ dienlich sein, sie sollen die Voraussetzungen für die Bildung gemeinsamer Hundertschaften schaffen, um dann mit diesen Mitteln den Generalputsch um die Bildung einer kommunistischen Parteiregierung nach russischem Muster zu etablieren. Nebenbei erfolgte die gegenwärtigen Putzaktionen um der durch Enoland bedrängten Sowjetregierung Luft zu schaffen. Die Werkzeuge dazu sind die Abgeordneten des russischen Außenministeriums Welche Aufgaben die Abgeordneten Russlands zu erfüllen haben, das zeigt der Wortlaut einer Geheiminstruktion an die russischen Vertreter im Auslande, die durch die Enthaltungen Lord Curzons eine zweifelhafte Bestätigung finden. Darin heißt es u. a.:

Der Handel soll der kommunistischen Agitation dienen. Unter der Arbeiterschaft und dem Militär der betreffenden Auslandsstaaten ist die Stimmung der Unzufriedenheit zu schüren. Es sollen Streiks hervorgerufen und organisiert werden. Der Moskauer Regierung sind Hinweise zu geben, mit welchen ausländischen Unternehmungen Handelsverbindungen vorzuziehen wären. Während der Zeit der Verhandlungen müssen die Agenten der Räteregierung unter dem Personal des Unternehmens Agitation betreiben und Gerüchte in Umlauf bringen, als weigere sich die Geschäftsleitung unter dem Einflusse der Regierung mit den Bolschewikern in Handelsverbindungen zu treten. Gleichzeitig ist zu betonen, daß die Regierung bei solchem Vorgehen gezwungen sei, sich an andere freundschaftlicher genannte Staaten zu wenden. Erstrebenswert sind Proteststreiks. Durch Unterdrückung der Streikenden sind wirtschaftliche Schwierigkeiten zu schaffen, die zu einem Umschwunge führen können.“

Die von der kommunistischen Partei abhängige Regierung Zeigner aber ist — wenn auch wider Willen — den gefährlichen ausländischen Einflüssen zum Schaden Sachsens und des Reiches an erster Stelle ausgesetzt.

Wird sie die Folgerung ziehen??

Politische Rundschau

Deutsch-Les Reich.

Berlin, 13. Juni. (Protestnote wegen 1663 Ausweisungen) Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist, wie halbamtlich mitgeteilt wird, eine Protestnote wegen der Ausweisung weiterer 1663 Beamten mit ihren Familien aus den besetzten rheinischen Gebieten zugegangen.

Berlin, 14. Juni. (Die neuen Kohlenpreise) In der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurde am 13. Juni 1923 beschlossen, die Nettopreise für Sonne Kohle wie folgt zu erhöhen: Steinkohle, Rheinland-Westfalen um 22 974 M., Obersteifen um 75 891 M., Niedersteifen um 88 258 M., Sachsen um 107 075 M.; Braunkohle, rhein. Kohle um 14 980 M., Briketts um 52 331 M., Mitteldeutsche Kohle um 16 073 M., Briketts 52 352 M. Hiernach stellt sich z. B. der Preis der Fettsäurekohle im Ruhrgebiet je Tonne netto auf 230 444 M., brutto auf 339 778 M. Die neuen Preise gelten ab 15. Juni 1923. Die Erhöhungen sind festgesetzt in demselben Ausmaß wie die am 11. Juni 1923 beschlossenen Zuschläge zu den Bergarbeiterlöhnen, d. h. um 50-52%.

(Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.) Reichskanzler Dr. Cuno empfing in München einen Vertreter des International News Service. Dr. Cuno erklärte, daß die Gefahr einer roten Revolution über Deutschland schwebt. Die deutsche Bevölkerung sei hungrig, und die Regierung sehe bang in die Zukunft. Deutschland sei bereit, den letzten Pfennig zu bezahlen, um sich vom Joche des französischen Militarismus zu befreien. Die Empörung der Bevölkerung werde sich nicht verbieten lassen. Ich sehe nicht, wie es für sie möglich sein soll, den passiven Widerstand aufzuheben, solange nur noch ein letztes französisches Bajonett übrig bleibt. Wir werden keine Versprechungen machen, die wir nicht erfüllen können. Die Bürger Deutschlands liegen vor der ganzen Welt offen. Wir werden ihre Prüfung den besten Wirtschaftskennern der ganzen Welt ohne jede Einschränkung überlassen. Wenn sie zeigen können, daß wir mehr leisten und bezahlen können, als wir vorgeschlagen haben, so würden sie uns ihrem Urteile unterwerfen. Die Reichsregierung habe alle Parteien hinter sich.

(Der englisch-russische Zwisch.) dessen Bedeutsamkeit für die weltpolitische Lage und somit auch für die weitere Entwicklung der Reparationsfrage nicht zu verkennen ist, hat durch eine sehr entgegenkommende russische Note eine außerordentliche Entspannung erfahren. Lord Curzon hat damit einen neuen diplomatischen Sieg errungen, dessen Folgen sich ganz besonders auf seinem eigentlichen Gebiet, im Orient zeigen werden. Aber auch für Ausland ist eine Verständigung mit England von außerordentlichem Wert und es scheint nicht unmöglich, daß damit eine neue Phase der russischen Außenpolitik eingeleitet wird. Frankreich bemüht sich in der letzten Zeit unverkennbar, ebenfalls mit Moskau ins Reine zu kommen; so wird man sich in Deutschland fragen müssen, ob die Zusicherungen, die der Vertrag von Rapallouins gab, auch nicht gefährdet erscheinen, wenn man in Moskau Anstrengungen macht, wieder die alte Stellung in der Mächtegruppen des Kriegesbeginns einzunehmen.

Italien.

Rom, 13. Juni. (Die italienische Antwort) In hiesigen amerikanischen Kreisen verlautet, daß die italienische Note auf das deutsche Memorandum am Donnerstag übergeben werden könne. Sie würde betonen, daß die deutsche Note weit hinter dem zurückbleibe, was hätte erwartet werden dürfen. Die italienische Antwortnote werde wahrscheinlich anerkennen, daß die neue deutsche Note in ihrer minder großen Schärfe einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zu einer Lösung bedeute.

Frankreich.

Paris, 13. Juni. (Aus Poincaré's wariet a b.) Poincaré hat französischen Journalisten erklärt, er könne sich erst ein genaues Bild über die Lage machen, wenn aus London offizielle Berichte über die vorerzählten Verhandlungen im Rabinatrat eingetroffen seien. Daß die englische Regierung auf die französischen Vorschläge, zunächst die von Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen, nicht einzugehen geneigt ist, sondern

im Gegenteil Frankreich zuerst in seiner Reparationspolitik binden werde, wird auch hier klar erkannt.

England.

London, 14. Juni (Amerikas Bereitwilligkeit zum Schiedsrichteramt) Washingtoner Telegramme besagen, daß die englische Regierung einen Plan vorschlägt, der den Vereinigten Staaten das Amt des Schiedsrichters in der Reparationsfrage zuerkennen soll. Harding lehnte jede Erklärung über diese Meldung ab.

Bulgarien.

Sofia, 13. Juni (Die Gegenrevolution der Bauernpartei unterdrückt?) Die Regierung erklärt, daß die bewaffneten Bauernverbände bei Radomil, Dolmin, Dobnik und Terwendeg von den Truppen der neuen Regierung zerstreut worden seien. In der vergangenen Nacht herrschte Ruhe. Im Feuerwärddepot in Sofia wurden große Waffenlager entdeckt, die zur Bewaffnung der Bauern bereitgestellt waren. — Minister Dubartmov ist bei dem Versuche, über die türkische Grenze zu flüchten, verhaftet worden.

Amerika.

(Um die Nachfolge Hardings.) Aus Washington wird berichtet: Die Kandidatur des Automobilkönigs Henry Ford für die nächste Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten scheint immer mehr in den Bereich der Möglichkeit zu rücken, da man sowohl an der Leitung der demokratischen wie der republikanischen Parteien vielerlei aussetzen hat. Falls die Geschäfte bis zu den Wahlen weiter blühen sollten, wie in der letzten Zeit, meint man allerdings, die Wiederwahl Hardings würde gesichert sein. Man glaubt aber Anzeichen dafür zu haben, daß das Geschäft abnimmt, was sich bereits durch die verminderte Ausfuhr kundgeben hat. Die Hearstpresse hat ihre Bereitwilligkeit erklärt, einen dritten Kandidaten zu unterstützen. Ford selbst macht keinerlei Anstrengungen für sich selbst, soll aber geküßert haben, er werde sich einem Rufe nicht entziehen, falls ein solcher an ihn ergehen sollte. Selbstverständlich wird kräftig gegen ihn gewöhlt. Man sagt eine nationale Gefährdung für den Fall voraus, daß Ford Präsident werden würde, zumal Ford ein sehr überzeugter Antifemist ist, aber in weiten Volkskreisen besteht großes Interesse für das Experiment, so daß man mit einer gewissen Spannung der Wahl entgegensehen darf.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 12. Juni.

Politische Fragen.

Die heutige 12. Sitzung trug äußerlich das Gepräge eines großen Tages. Das Publikum hatte jedenfalls Aufregung der gesamten innerpolitischen Lage in großzügigen Debatte erwartet und verließ, als es nicht auf seine Rechnung kam, bald die Tribünen. Zunächst gebadete Präsident Winkler des Lebens des deutschvolksparteilichen Abgeordneten Dr. Herrmann, den er als einen Kollegen bezeichnete, der treu und macker gearbeitet habe zum Wohle des Volkes und dem Ernste der Zeit entsprechend. Dann begrüßte er den anstelle des Verstorbenen in den Landtag eingetretenen Abgeordneten Justizinspektor Ulbricht-Verdan. In Erledigung der umfangreichen Tagesordnung wurden sodann Anträge, die bereits die Ausschüsse beschäftigt haben, erledigt. Dann folgte die Vorbereitung einer Reihe von Anträgen und Anfragen. Ministerpräsident Dr. Zeigner beantwortete einen Teil der letzteren. Zu den Unruhen in Dresden erklärte er, daß sich der Regierungskommissar Dittler gerade auf Urlaub in Dresden befunden habe, er sei aber nicht mit der Pflicht gekommen, sich hier persönlich zu betätigen. Auch der frühere Unteroffizier Keul, der sich während der Unruhen hier befand, habe keinen Auftrag des Reichskommissars für öffentliche Ordnung gehabt. Die Konzentration außersächsischer Truppenteile in Königsbrück sei schon seit Monaten vorgeesehen gewesen, nur habe man vergesen, die sächsische Regierung zu verständigen. Minister des Innern Diebmann beantwortete die Anfragen wegen der Unruhen in Dresden und Leipzig. Die Schuld daran schob er den von den besitzenden Klassen gemachten Reichspolitik zu. Man solle froh sein, daß die Saat dieser Leute nicht noch eine schlimmere Ernte bringe. Nach weiteren Ausführungen zweier Regierungsdirektoren und mehrerer Abgeordneter wurde die Aussprache geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag, den 14. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. Juni.

Das Reichsfinanzgesetz im Reichstage.

Am Dienstag führte der Reichstag die zweite Lesung des Reichsfinanzgesetzes zu Ende. Das Interesse der Volksboten an dieser wichtigen Vorlage war nur sehr gering. Das lag zum Teil auch daran, daß nennenswerte Widerstände gegen die Ausschüssebeschlüsse nicht erhoben wurden, und das im Gegenteil alle Parteien damit zufrieden waren, das mit der Einigung in dieser Frage ein langjähriger Wunsch der im Bergbau interessierten Kreise in Erfüllung gegangen ist. Der deutschnationale Abgeordnete Leopold, der die Reihe der Redner an diesem 2. Verhandlungstag eröffnete, bedauert allerdings, daß die Interessen des Bergbaues vom Ausschuss nicht überall gewahrt worden seien. Die Beiträge würden sehr hoch sein, ebenso die Verwaltungsausgaben. Auch auf die verschiedenen Kreise der einzelnen Bergbaubezirke müßte besonders Rücksicht genommen werden. Der kommunistische Malgahn fordert eine durchgreifende Reform der Sozialversicherung und die Beseitigung der bisherigen Verschiedenheit auf diesem Gebiete. Damit hatte die allgemeine Aussprache ihr Ende gefunden. Es folgt die Einzelberatung der einzelnen Paragraphen. Diese werden unter Ablehnung der kommunistischen Änderungsanträge im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen. Das Haus stimmt dann auch in der dritten Lesung dem Reichsfinanzgesetz zu. Am Mittwoch steht die zweite Lesung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf der Tagesordnung. Schluß 1/6 Uhr.

Steuerfragen und Volkswohlfahrt.

Der Reichspräsident gab in der heutigen Mittwochsitzung davon Kenntnis, daß der Deutsche Beamtenbund der freien Stadt Danzig für die Ruhezölle 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe. Der Gesetzentwurf zur Verlängerung des Weinsteuergesetzes bis zum April 1924 wurde zur Klärung einiger Zweifelsfragen nochmals an den Steueraussschuß zurückverwiesen. Das Haus nahm in erster Lesung die neuen Vorlagen, die Verbrauchssteuer der Geldbewertung anzupassen, zur Debatte. Es handelt sich um die Mineralwassersteuer, die Leuchtmittelsteuer, die Zündwarensteuer, die Salz- und die Zuckersteuer. Der kommunistische Roenen erhebt die Salz- und die Zuckersteuer. Der Verbrauchersteuer verbandelt, Einspruch dagegen, daß man über Verbrauchersteuer verhandelt, während die zugelegte Verbrauchsteuer noch immer auf sich warten lasse. Der Abg. Simons, Schwaben, erklärt, daß seine Fraktion die Zustimmung zu dieser Verbrauchssteuer von der Befreiung des Verbrauchsteuer abhängig mache. Es folgt die zweite Beratung des Verbrauchsteuer zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Vorlage, die vom Ausschuss einstimmig gebilligt wurde, sieht u. a. für die bewußte Verbreitung von Geschlechtskrankheiten Gefängnis bis zu 3 Jahren vor, auch wer geschlechtskrank ist und trotzdem eine Ehe eingetht wird mit Gefängnis bestraft. Die Unterhaltung von